Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 12 (1932-1933)

Heft: 8

Artikel: Wandel der Wirtschaft und sein Einfluss auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft

Autor: Böhi, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157544

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wandel der Wirtschaft und sein Einfluß auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft.

Von **Hans Böhi**, Rorschach.

Die innere Aufgabe des Staates wächst aus den gesellschaftlich-kulturellen Verhältnissen; die Machtorganisation des Volkes soll diese organische Grundlage des Gemeinschaftslebens schützen und ordnen. Wandel dieser beweglichen Lebensformen stellt dem Staat neue Aufgaben und bestimmt seine Struktur neu.

Der liberale Staat entsprach der liberalen Wirtschaft. Diese freie, individualistische Wirtschaft war ein in sich sinnvolles und geordnetes ökonomisches System, das aus immanenten Kräften nach einer solchen zweckvollen Verfassung und einem wirtschaftlichen Gleichgewicht strebte, die das beste Gedeihen dieser Wirtschaftsgestaltung gewährleisteten. Der Staat konnte den Wirtschaftsorganismus sich selber überlassen, da in ihm regulative Kräfte zur Leitung des ökonomischen Lebens enthalten waren, die, wenn auch oft unter schweren Hemmungen und Störungen, sich immer durchsetzten. Allerdings bestand dabei die Schicksalsfrage, ob dieses Gedeihen der kapitalistischen Wirtschaft auch der sozialen Aufgabe der Wirtschaft entspreche.

Durch die Vielheit und Unabhängigkeit der individuellen Kräfte bestand in der freien Wirtschaft immer ein Gegengewicht gegen alle übermächtigen wirtschaftlichen Herrschaftsstellungen, sodaß alle monopolartige Ausnützung und Beherrschung des Marktes verhindert war. Der freie Wettbewerb tüchtiger und initiativer Führerpersönlichkeiten bewirkte immer ziemlich rasch nach allen Störungen und Umwandlungen einen Ausgleich der ökonomischen Bedingungen der verschiedenen Wirtschaftsgruppen in Leistung und Gewinn, was eine zweckvolle und gerechte Verteilung und Anlage der Produktion bedeutete und eine automatische Regulierung im scheinbaren Chaos des allgemeinen Wirtschaftskampfes darstellte. Zwar wirkte diese selbsttätige Führung der freien Wirtschaft in der äußern Form eines anarchischen Wirtschaftskrieges, weshalb dieses Regulieren nicht gleich- und ebenmäßig erfolgte, sondern mit übertreibenden, pendelartigen Ausschlägen, die immer vorübergehende Unausgeglichenheiten, Disproportionalitäten des Wirtschaftskörpers zur Folge hatten. Solche vorübergehende Hypertrophie einzelner Wirtschaftsglieder, wie sie besonders nach neuen Impulsen der Wirtschaftsentwicklung die Regel war, bildete eine der Grundursachen der Krisenerscheinungen. Trotzdem bot die große Linie der Wirtschaftsgeschichte des letzten Jahrhunderts doch im Ganzen das Bild einer zweckmäßigen Förderung der ökonomischen Kräfte, natürlich vor allem zweckmäßig im Sinne kapitalistischer Wirtschaft, was nur bedingt mit dem Sinne des Wirtschaftens zusammenfällt.

Das Idealbild, das sich die liberalen Theoretiker von der naturhaften Ordnung der freien Wirtschaft machten, war wohl nur eine theoretische Konstruktion, für die in der Wirklichkeit lange nicht alle Voraussetzungen bereit lagen. Aber solange übermächtige Wirtschaftsgebilde fehlten und keine mächtigen Wirtschaftsverbände herrschten, vielmehr überall rege und freie Konkurrenz bestand, war dieses theoretische Schema doch geeignet, die Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung aufzuzeigen und fand der aufklärerische Optimismus dieser Nationalökonomen eine gewisse Bestätigung im Ablauf der realen Ereignisse.

Heute haben wir keine freie Wirtschaft mehr, sondern ein Mischgebilde, das sowohl aus Wirtschaftsgruppen besteht, bei denen Preis und Produktion mehr oder weniger einheitlich durch Wirtschaftsverbände und andere Organisationen mit monopolartiger Marktstellung geregelt sind, als auch noch viele Wirtschaftsgebiete enthält, in denen einigermaßen freie Konkurrenz herrscht. Die allgemeine Tendenz geht dabei langsam und sicher auf Zunahme der Bindungen und Einschränkungen des freien Wettbewerbes. Die Selbstregulierung der Wirtschaft versagt daher in vielen Fällen, in andern arbeitet sie ungenügend: eine ungleichmäßige Entwicklung der verschiedenen Glieder des Wirtschaftskörpers ist die Folge. Die geschützten Teile wachsen übermäßig, die ungeschützten verkümmern, die einen gedeihen im Schutze starker Preisvereinbarungen, während andere um so verzweifelter um ihr Leben kämpfen müssen. Solche Ungleichheit in den Wirtschaftsbedingungen der verschiedenen Produktionsgebiete läßt sich bei verbandsmäßiger Organisierung des Marktes nicht vermeiden. Einmal sind die Verhältnisse für einen Zusammenschluß verschieden günstig und zugleich vermögen sich die Organisationen eine Monopolstellung nur in ganz ungleichem Maße zu erwerben. Da im allgemeinen die Wirtschaftsverbände nur den nationalen Raum umfassen, die internationalen Vereinbarungen treten im Gesamtbilde zurück, so wirken sich die Zusammenschlüsse meist zum Schaden der Exportindustrie aus, wofür die Schweiz ein eindrückliches Beispiel bietet.

Eine wichtige Ursache der außerordentlichen Verschärfung der gegenwärtigen Weltkrise liegt in diesem Strukturwandel der Wirtschaft.

Ein Wechsel der Lebensformen steht hinter dieser Veränderung der Wirtschaft. Die Auflehnung der Arbeiterklasse gegen die benachteiligte Stellung in der kapitalistischen Welt brachte die erste systematische Überwindung des freien Marktes durch den Zusammenschluß der Wettbewerber auf einem Gebiete. Die Gewerkschaften organisierten die Arbeitskraft kartellmäßig, um die wirtschaftlich schwache Stellung der Arbeitsuchenden im Kampfe gegen die Arbeitgeber zu stärken.

In der Industrie, vor allem in den Basisindustrien, drängte die Entwicklung der Produktivkräfte sowie eine nüchterne, bequemere Geschäftseinstellung zu einem Zusammenschluß der Betriebe in lockern oder straffen Verbänden, der nun in fast allen Gebieten der Massenproduktion durch-

geführt ist. Das Gewerbe bringt ein Wiederaufleben des Zunftgeistes in seinen starken Vereinigungen, und wo solche noch nicht bestehen, halten Solidaritätsgefühl und der Wunsch nach ruhiger Existenz den Konkurrenzgeist nieder. Sowohl ökonomische Faktoren, wie eine andere menschliche Einstellung — man ist der Isolierung im Konkurrenzkriege müde — förderten dieses Zusammengehen der Wettbewerber.

Alle diese Verbände streben nach einer gesicherten, auskömmlichen Wirtschaftsstellung, nach Gewährleistung eines günstigen Preisniveaus, nach Preishochhaltung und -Erstarrung. Die verschieden starke Macht der Verbände schafft dabei große Ungleichheiten in den Preispositionen. Das Wirtschaftsgefüge ist so in einem großen Teil seiner Preis- und Lohnbedingungen erstarrt, oder doch viel schwerfälliger als früher. Viele dieser starken Marktstellungen der Wirtschaftsverbände wären ohne Staatshilfe nicht möglich, Schutzzoll ist zu einem großen Teil die Voraussetzung einer erfolgreichen Kartellbildung. Der Staat unterstützt dabei ohne allgemeinen Plan und ohne Übersicht diese Zusammenschlüsse.

Doch hat diese Zusammenschlußbewegung, abgesehen von ihrer menschlichsozialen Bedeutung, auch einen Wert als Ansatz zu einer höheren Organisierung des Wirtschaftens: die Kartelle bedeuten in vielen Fällen rationalisierte Gesamtproduktion und rationalisierten Absatz, die Gewerbeverbände verschaffen ihren Gliedern die Vorteile der Großorganisation in Einkauf und Lagerhaltung.

Der Einfluß dieser Wirtschaftsbindungen, der Hemmungen des freien Spieles der Kräfte auf die Wirtschaftskrise läßt sich klar erfassen, wenn auch selbstverständlich nicht zahlenmäßig bestimmen. Ein ganzes Bündel äußerer Ursachen ist an dem gegenwärtigen Wirtschaftsniedergang beteiligt. Die Auswirkungen der gefährlichen politischen Spannungen Europas treffen zusammen mit den durch die politischen Zahlungen und Schulden bewirkten Störungen des Kreditsystems. Eine der gewöhnlichen zyklischen Krisen, die verstärkt wurde durch die Folgen der übersteigerten Rationalisierung, ist die wichtigste, rein ökonomische Ursache. Dazu treten die schädlichen Auswirkungen der nationalistischen Abschließung der verschiedenen Länder. Als einziges im strengen Sinne strukturelles Moment unter den Krisengründen ist dabei der Wandel der freien Wirtschaft in eine planlos gebundene Form anzuführen.

Die Krise begann mit der Zerrüttung der überseeischen Rohstoffmärkte für Getreide, Baumwolle, Kaffee, Kautschuk, Kakao und anderes, was sich später in einer allgemeinen Notlage der Landwirtschaft auswirkte. Durch technischen Fortschritt war die Getreideerzeugung in Amerika und Australien, die Baumwollproduktion in Amerika, die Kautschukgewinnung in den niederländischen und englischen Kolonien so gesteigert worden, daß schon 1927 ein Überangebot herrschte. Das ist in der kapitalistischen Welt immer die Folge eines technischen Fortschrittes gewesen. Die bessern Pro-

duktionsbedingungen boten einen starken Anreiz zur Vergrößerung der Erzeugungsanlagen, der bei dem anarchischen Zustande des freien Wettbewerbes immer zu einem übermäßigen Wachstum des begünstigten Produktionszweiges führte. Doch früher hatten sich diese Auswüchse einer Überproduktion durch das Wirken der freien Konkurrenz wieder schnell ausgeglichen. Diesmal aber griff die Organisation der Farmer mit Regierungsunterstützung ein und suchte durch riesige Aufkäufe von Getreide und Baumwolle, in Brasilien von Kaffee, den Preis zu halten. Da aber bei diesem Preisschutz sich der Anbau immer weiter gut rentierte, so nahm trotz aller Maßnahmen der Regierungen gegen die Überproduktion die Anbaufläche fortwährend zu, während das Farmboard in Amerika riesige Getreide- und Baumwollmengen ansammelte. Der Eingriff in den freien Markt hinderte die Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse des Wirtschaftsganzen. Zugleich wurde dadurch die auflebende Konjunktur in den Industrieländern künstlich angeregt, da die immer noch wachsende Agrarproduktion einen großen Bedarf an Maschinen und andern Fertigwaren hatte, was natürlich auch die Lieferanten dieser Erzeugnisse zum Ausbau ihrer Anlagen und neuen Investitionen drängte. Das übertriebene Wachstum der Rohstoffproduktion zog eine Überexpansion der dadurch angeregten Industriebezirke nach sich. Schon 1928 fingen die Rohstoffpreise an energischer zu fallen, und 1930 ließen sie sich gar nicht mehr halten, da die Geldmittel der verschiedenen Stützungsfonds erschöpft waren.

Nun traten an andern Stellen des Weltwirtschaftsorganismus Hemmungen im Ausgleich der Wirtschaftsbedingungen auf, was die natürlichen Gesundungsvorgänge störte. Der Preisfall der Rohstoffe gelangte gar nicht zu den Konsumenten, da der Handel und die Industrie fast überall die Baisse auffingen und durch ihre starken Verbandsstellungen, je nach den Verhältnissen war es vor allem gewerkschaftlicher Druck oder eine starke Gewerbe- oder Industrieorganisation, sich eine Vergrößerung der Verdienstmarge bei den gleichbleibenden Verkaufspreisen verschafften. Vor allem im Kleinhandel blieben die Detailpreise trotz des reichlich gesunkenen Großhandelsindexes fast stabil, da hier wenig Konkurrenzgeist besteht und auch teilweise straff organisierte Verbände herrschen. Die Lebenskosten in den Industrieländern hatten eher noch Neigung zum Steigen, und die Preise der Fertigwaren bewegten sich aufwärts. So wurde den Rohstoffproduzenten durch die Macht der Wirtschaftsverbände und das Erlahmen des Wettbewerbes, durch die Erstarrung der Preisverhältnisse, die natürliche und heilende Folge der billigen Verkaufspreise, die Absatzsteigerung, vorenthalten, während sie zugleich für ihre Einkäufe gleichbleibende oder gesteigerte Auslagen hatten. Das mußte zu ihrer Verarmung führen. Die Urproduktion kann meist erst nach längerer Zeit ohne großen Verlust erheblich eingeschränkt werden, und da zugleich die Aufrechterhaltung dieser Produktion einen fortdauernden beträchtlichen Bedarf an Industriegütern ergab, dauerte der starke Bezug an solchen Waren durch die Agrarländer

noch längere Zeit an, obwohl diese Länder schon große Verluste bei ihrer Erzeugung erlitten. Das konnte so lange anhalten, bis sie verarmt waren.

Während dieser Zeit verdienten die Industrieländer doppelt, da sie ihre Rohstoffe billig erhielten und ihre Produkte teurer verkauften. Die dadurch bewirkte Kaufkraftsteigerung geschah auf Kosten der Rohstofflieferanten und kam diesen selber nur zum kleinen Teil zu Gute, brachte aber vor allem der Industrie eine weitere künstliche Konjunkturanregung, die gerade zusammentraf mit der Auswirkung der Rationalisierungsbewegung. Endlich war aber das Vermögen der Rohstoffländer erschöpft um 1930 und sie konnten fast nichts mehr kaufen. Das täuschende Konjunkturgebäude der Industriestaaten erhielt seinen ersten Stoß.

Die Eingriffe in das freie Wirken der Konkurrenzkräfte, das Streben der Wirtschaftsverbände auf hohe Preise, hatten so die natürlichen Ausgleichsvorgänge der Wirtschaft gestört. Bestehende Ungleichmäßigkeiten wurden dadurch gesteigert, neue hergestellt, das Aufeinander-abgestimmtsein der Preise aufgehoben und eine zerstörerische Preisschere zwischen Agrar- und Industrieprodukten geschaffen. Eine kurze Zeit hindurch erfreuten sich die geschützten Wirtschaftsgruppen eines übertriebenen Wachstums, aber das gestörte Gleichgewicht im Organismus des Ganzen riß auch sie endlich in einen Wirtschaftsniedergang.

In den Industrieländern, vor allem in Deutschland, führte die Kartellpolitik zu Überexpansion, Kapitalfehlleitungen der geschützten Industrien. Vor allem die Basisindustrien, Kohle, Stahl, Eisen, sind in unserm Nachbarlande straff organisiert; die Kartelle beherrschen den Markt gänzlich. Diese Industrien sind vor allem geeignet zu engem Zusammenschluß.

Schon bei der Gründung der Kartelle hatten sich manche Werke allein zu dem Zwecke ausgedehnt, um sich eine größere Quote bei der Verteilung der Produktion zu sichern, obwohl schon lange eine Überkapazität des Industriezweiges bestand. Das Gleiche wiederholte sich meist bei der Erneuerung der Verträge, sodaß der Ausnützungskoeffizient der Anlagen immer ungünstiger wurde, weil eben die Monopolmacht den Stahl- und Eisenverbänden erlaubte, die Preise so hoch zu halten, daß auf alle Fälle eine Rendite auch der nutzlosen Investitionen gesichert war. Der leichte Gewinn und das gesicherte Erträgnis reizten bei allen Gelegenheiten immer wieder zu leichtfertigem Werkbau. Diese Industrien sind nur das bekannteste und schädlichste Beispiel für diese Erscheinungen. Liefmann und andere Kartellschriftsteller fassen ihre Beobachtungen in dem allgemeinen Urteil zusammen, daß erfolgreiche Kartelle fast ausnahmslos zu Überexpansion führen, da bei ihnen leicht und viel Geld verdient werde und eine Rendite meist gesichert scheine. Da das Preisniveau eines Landes wegen seiner Konkurrenzlage auf dem Weltmarkt im Ganzen nicht erhöht werden kann ohne Schaden, so erfolgen diese Vorteile der Basisindustrien auf Kosten der Verarbeiter, der Maschinenindustrie vor allem, die sich

in den Nachkriegsjahren nie zu einem anständigen Erträgnis ihrer Kapitalien aufschwingen konnte.

Auch in der Schweiz hat die Preispolitik der Wirtschaftsverbände zu großen Ungleichmäßigkeiten im Wirtschaftskörper geführt. Da unsere Industrien zum größern Teil auf den Export angewiesen sind und im Ausland ein Zusammenschluß der schweizer Betriebe nicht viel helfen kann, haben die Industriekartelle bei uns keine so große Bedeutung. Zugleich haben wir meist Qualitäts- und Spezialitätenindustrie, bei welcher die Verhältnisse für Kartellbildung nicht günstig liegen.

Doch gibt es immerhin einige wichtige Ausnahmen: die Zementindustrie, die Teigwarenfabrikation, der Schokoladenring, die Papierfabriken und die Ziegeleien seien erwähnt. Bei der Zementindustrie ist die Entwicklung bekannt. Die überhohen Preise des Syndikates reizten Außenseiter zum Bau von neuen Produktionsanlagen an, obwohl die bestehenden mehr als genügten. Nach einem Preiskrieg zwischen Kartell und Außenseitern wurden die Betriebe der letztern aufgekauft und stillgelegt. So hatte das Syndikat mit seiner Preispolitik nur eine nutzlose Steigerung der vorher schon übergroßen Produktionskapazität erreicht und damit nutzlose Kapitalinvestitionen bewirkt, was alles der Konsument mit teuren Preisen zahlen muß. Auch im Preis der Teigwaren ist die Rendite für viele nutzlose Anlagen einkalkuliert.

Vor allem wichtig für unsere Preisverhältnisse ist aber die Politik der Gewerbeverbände, die zum Teil fast alle Berufsgenossen einschließen und durch ihre politische Macht und ihren gesellschaftlichen Einfluß ihre starke Wirtschaftsstellung unterstützen.

Die hohen Handwerkerpreise belasten Bauern und andere Konsumenten schwer, im Baugewerbe tragen sie erheblich zu den hohen Wohnungskosten bei. Diese Bauhandwerker sind auch zum großen Teil stark kartelliert und haben mit ihren Lieferanten Verträge abgeschlossen, daß Außenseiter keine Waren erhalten dürfen. So können sie ihre Preisbedingungen nach Belieben stellen und sind dabei äußerst anspruchsvoll. Die Statistik erlaubt es, die Entwicklung der Preisgrundlagen beim Kleinhandel genauer zu verfolgen, und hier sind die Wirkungen einer engherzigen Verbandspolitik klar zu sehen. Bei den Lebensmitteln besteht eine große Spanne zwischen Kleinhandels- und Großhandelspreisen; die Indices sind für April 129 und 112. Bei den Metzgern ist die Differenz noch größer, 161 und 136. Das bedeuetet eine mindestens 50 % große Zunahme der Handelsmarge seit 1914. Zwar können die Kleinhandelspreise fallendem Großhandelsindex nur nach einem gewissen Zeitraum folgen, da sonst auf den Lagern große Verluste entstehen würden. Aber die Großhandelspreise sind in letzter Zeit nur noch wenig gesunken, und die Differenz der beiden Indices ist schon alt. Der Kleinhandel rechtfertigt seinen größern Anteil am Preis mit den gestiegenen Spesen; Löhne und Mieten sind unverhältnismäßig größer als 1914. Doch haben die Detaillisten mit ihrer Preispolitik selber

auf Erhöhung der Spesen hingewirkt. Die günstige Lage der Ladengeschäfte trieb natürlich die Ladenmieten in die Höhe, da auch ein vermehrter Andrang zu diesem Geschäftszweig bestand, sodaß der Index dieser Mieten höher steht als der der Wohnungen. Die bevorzugte Lage der Detaillisten bewirkte eine Übersetzung dieses Gewerbes; die Zahl der darin beschäftigten Personen ist unverhältnismäßig gestiegen seit 1914.

Nehmen wir an, daß die Steigerung der Kleinhandelsmarge im Lebensmittelhandel 50 % betrage, was nicht zu hoch gegriffen ist, da bei ihm die Handelsspanne vor dem Kriege durchschnittlich sicher nicht mehr als 1/3 betrug. Dann steht der Index des Bruttoeinkommens auf 112 plus 56 = rund 170. Der Index der Löhne für das Ladenpersonal steht nicht so hoch, der allgemeine Wohnungsindex wenig höher, 180. Wenn also die Ladengeschäfte nicht durch ihre günstige Lage die Ladenmieten unverhältnismäßig in die Höhe getrieben hätten, so wäre der Stand ihres Nettoeinkommens über 170 % desjenigen von 1914, da manche Spesen wie Geldzins reichlich kleiner als damals sind, was bei gleicher Beschäftigung eine weit überdurchschnittliche Einkommensvermehrung bedeutet. Natürlich schmälert die Übersetzung des Standes das Einkommen, aber das ist die natürliche Folge der schädlichen Preishochhaltung, die vermehrten Andrang zu dem Geschäftszweig verursachte.

Die bundesrätliche Preiskommission bestätigte diese Feststellungen in einigen Fällen durch exakte Untersuchungen; bei Bäckern, Metzgern, im Milchhandel und an andern Orten machte sie sehr gewissenhafte Erhebungen und erhob darauf den Vorwurf einer zu großen Verdienstspanne. In allen diesen Berufen herrscht auch eine reichliche Übersetzung.

Das ungesunde Wachstum dieser Gewerbezweige und ihre hohen Preisforderungen belastet die Volkswirtschaft schwer, eine beträchtliche Steigerung der Lebenskosten ohne produktiven Nutzen ist die Folge. Konsum und Produktion werden dadurch gehemmt, alle Geschäftstätigkeit ist verteuert. Die schweizerische Volkswirtschaft hat teilweise aus diesen Gründen ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verloren. Der Inlandmarkt kann geschützt werden, aber die Exportindustrie wird bei allen Hilfsmaßnahmen doch vor allem auf ihre eigene Konkurrenzkraft angewiesen bleiben. Sie kann ihre hohen Erzeugungskosten nicht auf die Abnehmer abwälzen, da sie auf dem Weltmarkt ungeschützt ist. So fallen alle diese volkswirtschaftlichen Fehler zuletzt auf ihre Schultern.

Ein besonderer Fall der Kartellauswirkung soll noch erwähnt werden. In der Seidenindustrie führten die Preisbedingungen des starken Verbandes der Appreturen zu schwerer Beeinträchtigung der Gesamtindustrie. Diese Hilfsindustrie hielt ihre hohen Preisforderungen auch in den schlechten Zeiten aufrecht und belastete die schwer um ihre Existenz ringende Seidenweberei. Diese selbst konnte sich nicht zur Wehr setzen, da sie das Exportrisiko trägt.

Wir sehen auch in der Schweiz die Folgen der ungeregelten Verbandswirtschaft, übermäßiges Wachstum der begünstigten Geschäftszweige, des Kleinhandels, mancher Industrien und Gewerbe, Verkümmern der ungeschützten Volkswirtschaftszweige, der Exportindustrie. Ein besonderer Vorteil der einen Wirtschaftsgruppe, der nicht die gesamte Gütermenge vermehrt, muß notwendigerweise auf Kosten anderer Wirtschaftsteile erfolgen. Vor allem in Krisenzeiten wirken die Ungleichmäßigkeiten schädlich, weil durch sie die Last des Wirtschaftsniederganges auf einen Teil des Ganzen abgewälzt wird, der dadurch in seinem Bestande bedroht ist.

Man sieht, wie gefährlich es wäre, den Wirtschaftsverbänden im allgemeinen noch mehr Macht zu geben durch Übertragung öffentlich-rechtlicher Kompetenzen, solange nicht eine sichere Überwachung und Regelung ihrer Preispolitik vorhanden ist. Ihre Monopolmacht würde dadurch, vor allem durch Zwangsmacht gegen Außenseiter, noch verstärkt, was die Mißbräuche steigern würde. Eine Kartellierung der ganzen Wirtschaft würde nichts helfen, da die Exportindustrie nur geringen Nutzen davon hätte, und zugleich die Machtstellungen der Verbände gemäß der Struktur ihres Absatzes ganz verschieden stark sind.

Die bis jetzt immerhin erreichte teilweise Senkung der Lebenskosten und doch halb erfolgte Anpassung an das Weltmarktniveau wurde zum großen Teil durch Außenseiter erzwungen. Der Migros kommt große Verdienste um die Minderung der Lebenskosten in der Schweiz zu. Erst nach ihrem Eingreifen kam der Preisfall an vielen Orten in Bewegung, obwohl die Großhandelspreise schon lange tief standen. In vielen größern Ortschaften herrschen wegen der regern Konkurrenz günstigere Preisbedingungen, in den kleinern Orten behaupten die Gewerbeverbände das Feld. Mit allen Mitteln, gesellschaftlichem Druck, Verhetzung der öffentlichen Meinung, suchen sie die Außenseiter zu hemmen. Sie treiben die Kantonsregierungen in einigen Fällen zu Einschränkungen der Handels- und Gewerbefreiheit, soweit das ohne ausdrückliche Umgehung der Verfassung möglich ist.

Diese ungeregelte, aus den Fugen geratene Wirtschaft kann der Staat nicht sich selber überlassen; in vielen Ländern wurde ihm auch schon die Aufgabe übertragen, über den Ausgleich der Preise zu wachen. Aber die staatlichen Organe bleiben trotz großer Kompetenzen ängstlich und zurückhaltend vor dieser schwierigen Aufgabe. Der Staat kann ihr aber nicht aus dem Wege gehen, denn die jetzigen Verhältnisse bedeuten eine schwere Schädigung der Lebensgrundlagen des Volkes. Alle Nachteile der kapitalistischen Wirtschaft wirken heute gesteigert, während ihre Vorteile zum guten Teil unwirksam geworden sind. In der Wirtschaft selber zeigen sich keine Anzeichen einer andern, vernünftigern Einstellung; alle Verbände treiben ihre engherzige und rücksichtslose Politik weiter, auch wenn dadurch der Bestand der Gesamtwirtschaft bedroht wird. Von einem Organ dieser Wirtschaftsverbände, einem korporativen Parlament, so vielen Nutzen das auch sonst bringen mag, hier eine grundsätzliche Änderung zu erwarten, ist

wenig begründet. Eine entschiedene und einheitliche Stellungnahme der Korporationen und ihrer Vertreter gegen die gemeinschädliche Preispolitik vieler Verbände ist kaum zu erhoffen, da sie selber viel zu sehr Partikularinteressen vertreten. Der Staat ist das einzige und starke Organ des Gesamtbewußtseins, das wir haben, und darum kann allein ihm die Aufgabe, das wirtschaftliche Gesamtinteresse zu verwalten, anvertraut werden.

In einem demokratischen Staate ist aber die erste Voraussetzung für solche Wirtschaftsüberwachung, daß das Volk deren Notwendigkeit einsieht und sich hinter diese Maßregeln der Regierung stellt. Heute ist aber fast jeder Volksteil in seinen Interessenkämpfen verkrampft und hat den Blick für eine ruhige Erwägung der gemeinen Wohlfahrt verloren.

Wird die Not, die Lebensenge, die sich herandrängen, eine Wendung der Gesinnung bringen? Auf jeden Fall ist eine Aufklärungsarbeit nötig, damit das Volk die Zusammenhänge der gesamten Wirtschaftsordnung klarer sieht.

Eine allgemeine Bekämpfung der wirtschaftlichen Zusammenschlußbewegung würde ihre großen Werte zusammen mit den Mißbräuchen zerstören. Solches Unternehmen hätte auch kaum Aussicht auf Erfolg, da diese Bewegung zu tief in den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist. Vielleicht kann aber ein Organ dieser Wirtschaftsinteressen, eher ein kleiner Wirtschaftsrat als ein Wirtschaftsparlament, mitwirken in der Erziehung der öffentlichen Meinung zum Bewußtsein der wirtschaftlichen Gesamtinteressen. Solche freie Auseinandersetzung würde wahrscheinlich auch in den Wirtschaftsverbänden den Sinn für das allgemeine Wohl anregen.

Doch allein eine energische und gerechte Preisüberwachung durch eine von den Einzelinteressen unabhängige Instanz wird zum mindesten teilweise die schädlichen Folgen der bestehenden Wirtschaftsbindungen verhindern können, ohne daß dabei diese Bindungen selber aufgehoben werden müssen. Das Amt für Volkswirtschaft war sich der Dringlichkeit dieser Maßregeln schon lange bewußt und hat vor einigen Jahren die Kommission für Preisuntersuchungen geschaffen. Da aber die Öffentlichkeit deren Publikationen gleichgültig vorbeigehen ließ, war der praktische Einfluß auf die Preisverhältnisse gering. Der Bundesrat verlangte deshalb vom Parlament Kompetenzen, um in die Preisverhältnisse eingreifen zu können, aber weder die Parteien noch die Presse nahmen diesen wichtigen Vorschlag mit Anteilnahme auf.

Die Schwierigkeiten staatlicher Preisüberwachung sind groß und die damit erreichten Erfolge nur halb befriedigend. Doch wird eine entschlossenere Haltung der Regierungen auch umfangreichere und tiefergreifende Maßnahmen zur Ausführung bringen und damit größern Einfluß erreichen als bisher.

Die bisherigen Preisuntersuchungen haben doch gezeigt, daß es meist möglich ist, grobe und einflußreiche Unterschiede in den Preislagen sicher

zu erfassen. Diese großen Ungleichmäßigkeiten im Preisniveau sind aber vor allem wichtig, da sie die schädlichsten Folgen haben. Es stehen meist Vergleiche mit andern Berufen, Gewerben, mit andern Ländern und Zeiten zur Verfügung, die als Ergänzung der direkten Preisanalyse erlauben, eine übergroße Verdienstmarge auch dann zu erkennen, wenn sie nicht im Gewinn sichtbar ist. Nachlässige Betriebsführung oder Überfüllung eines Wirtschaftszweiges können dieses unökonomische Wirtschaften bedingen. Allgemeine Überwachung einer Wirtschaftsgruppe wird auch in deren Wachstum und Entwicklung genügend Angaben zur Beurteilung der Geschäftslage finden.

In solcher Weise können vielleicht nur die größern Unausgeglichenheiten, Unebenheiten am Wirtschaftskörper erfaßt werden, aber deren Ausmerzung wird doch die schlimmsten Mißbildungen des Wirtschaftsorganismus verhindern.

Eine gewisse Rechtsunsicherheit wird sich dabei nicht vermeiden lassen, da diese Eingriffe in die Wirtschaft nicht nach formalen Rechtsnormen berechnet und festgelegt werden können. Es kommt hier auf materielle Verhältnisse an. Eine gerechte und vorsichtige Durchführung dieser Preisüberwachung wird die Unsicherheit vermindern.

Der Staat hat auch heute schon genügend Mittel in der Hand, um erfolgreich in die Preisverhältnisse einzugreifen. Zwar wird die Aufhebung der rechtlichen Gültigkeit der Kartellverträge kaum viel helfen im Kampf gegen widerspenstige Wirtschaftsverbände, da deren Kampfmacht nur zum kleinern Teil auf juristische Zwangsgewalt gegründet ist. Aber die Marktpositionen der Kartelle beruhen vielfach auf Zollschutz, sodaß der Staat Einführung und Handhabung der Zölle als Mittel benutzen kann, um seine Preisforderungen durchzusetzen. Die Regierungen vermögen auch durch ihre Auftragspolitik Einfluß auf die Preisverhältnisse auszuüben, da sie je nach der Lage Außenseiter oder verbandstreue Geschäfte bevorzugen können.

Der Druck der öffentlichen Meinung, die Einstellung der Käuferschichten wird auch zur Erschütterung ungerechter Preisfestlegungen beitragen können, sobald eine Aufklärung weiter Kreise über die Wirtschaftspolitik der Verbände erreicht ist.

Die Grundlage aller dieser Staatsmaßnahmen ist eine starke Stellung der Regierung.